

Systematische Verknappung des Arbeitskraft-Angebots

Ein tarifpolitischer Beitrag zur Vollbeschäftigungspolitik
und Wirtschaftsdemokratie

Prof. Dr. Fritz Vilmar, geboren 1929 in Insterburg, studierte Theologie, Rechtswissenschaft und Soziologie in Marburg, Hamburg, Göttingen und Frankfurt. Nach dem Studium war er in der politischen und gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung tätig, er arbeitete von 1959 bis 1970 in der Abteilung Bildung beim Vorstand der IG Metall. Seit 1970 hat er Forschungsaufträge zu den Problemen „Gesellschaftliche Demokratisierung“ und „Humanisierung der Arbeitswelt“ durchgeführt. Seit 1975 ist er Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Das Folgende verstehe ich als Teilkonzept einer von mir seit etwa 10 Jahren auf der Basis des DGB-Grundsatzprogramms entwickelten Gesamtkonzeption der Wirtschaftsdemokratie¹.

Dies ist ein Versuch, erstens aus konkreten politisch-ökonomischen Widersprüchen, also nicht aus einem Staats- oder planwirtschaftlich vorgegebenen Modell, bestimmte Veränderungsstrategien zu entwickeln; zweitens einen Weg schrittweiser und allgemein einsichtiger ökonomischer Strukturveränderungen auf der Basis einer breiten Zustimmung der Aktivbürger; drittens den akademischen, ideologischen Gegensatz von Markt- und Planwirtschaft zu überwinden durch ein Konzept der „mixed economy“, in dem funktionsfähige marktwirtschaftliche Elemente erhalten werden und in einem durch Rahmenplanung und Kontrolle ökonomischer Konzernmacht gesetzten sinnvollen (übrigens sehr weiten) ökonomischen Handlungsrahmen unternehmenspolitisch sich einfügen können.

Notwendig ist eine zweite einleitende Überlegung: Innerhalb des wirtschaftsdemokratischen Gesamtkonzepts ist sowohl die faktisch erwartbare wie auch die normativ gebotene *Wachstumsbegrenzung* ein entscheidendes Datum, aber eben zugleich ein wirtschaftspolitisches Ziel. Denn sowohl die Tatsache, daß wir vermutlich mit geringerem Wirtschaftswachstum mittel- und langfristig werden rechnen müssen, wie auch die Tatsache, daß ein geringeres bzw. qualitativ anderes Wachstum

¹ Vgl. dazu die relativ detaillierte zusammenfassende Darstellung: Fritz Vilmar, Wirtschaftsdemokratie, in: ders. (Hrsg.), Industrielle Demokratie in Westeuropa, Reinbek 1975, S. 26-77.

volkswirtschaftlich, vor allem ökologisch außerordentlich wünschenswert, bisher aber weder volkswirtschaftlich noch gesellschaftspolitisch bewältigt ist, muß m. E. ein zentrales Element in jedem künftigen Theorieansatz zur Wirtschaftsdemokratie sein. Ein solches relativ neues Element kommt im gewerkschaftlichen Grundsatzprogramm, aber auch in anderen progressiven Wirtschaftsprogrammen, soweit ich sehe, noch nicht vor. (Interessanterweise können sich die meisten Linken und linken Organisationen eine optimale Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung bei Wachstumsbegrenzung bisher ebensowenig vorstellen wie die Konservativen².)

Es ist offensichtlich, daß die Frage einer systematischen Verknappung der Arbeitszeit bei längerfristiger Wachstumsbegrenzung zentrale Bedeutung erlangt. So habe ich in meiner Arbeit zur Wirtschaftsdemokratie (s. o.) das Ziel der Wachstumsbegrenzung mit dem Planungsinstrument Arbeitszeitverkürzung bereits verknüpft: „Im Rahmen einer wirtschaftsdemokratischen Neuordnung werden die vom Plankapitalismus ausgebildeten Lenkungsinstrumente genutzt, aber sie werden qualitativ anders eingesetzt, nämlich im Sinne einer demokratischen Wohlfahrtsplanung, deren Ziel ist, auf Kosten irrationaler Profitsteigerung wie umweltzerstörender Massenproduktion die öffentliche infrastrukturelle Entwicklung voranzutreiben, die Realeinkommen der Massen auf einem hohen Niveau ohne funktional überflüssige Differenzierungen zu stabilisieren, das ökonomische Wachstum bei entsprechender Verminderung der allgemeinen Arbeitszeit insgesamt so zu verlangsamen bzw. zu vermindern oder seine Komponenten so zu verändern, daß eine menschenwürdige Umwelt wieder hergestellt werden kann³.“

Wie bereits erwähnt, wird die tatsächliche weltwirtschaftliche Entwicklung — ich sage im Gegensatz zur herrschenden Meinung: zum Glück! — verminderte Wachstumsraten zeitigen, so daß der theoretische Streit, ob die — soweit ich sehe, absolut realistischen - Unheilsprognosen des *Club of Rome* tendenziell zutreffen oder nicht, praktisch zweitrangig werden könnte - so existenzwichtig er prinzipiell für uns alle ist. Feststehen dürfte auf jeden Fall, daß die *arbeitsmarktpolitischen* Instrumente einer demokratischen Wirtschaftspolitik bisher bei uns sehr stark unterentwickelt geblieben sind (im Gegensatz etwa zu Schweden, wo Arbeitsmarktpolitik zentrale wirtschaftspolitische Bedeutung genießt). Bei uns ist Arbeitsmarktpolitik bislang eine abhängige Variable, ein Anhängsel einer Wirtschaftspolitik gewesen, die durch andere Faktoren bestimmt und eben auch fehlgeleitet wurde. Es ist sogar erstaunlich, in welchem Maße in der öffentlichen Diskussion die Frage einer Reduzierung des Angebots an Arbeitskraft⁴ auf massiven Widerstand stößt. Bezeichnend war beispielsweise die Reaktion von Unternehmern: „Was - jetzt Arbeitzeitverkür-

2 Vgl. dazu Wolfgang Harich, *Kommunismus ohne Wachstum*, Reinbek 1975.

3 Vilmar, *Grundlagen*, a.a.O., S. 37.

4 Der auch vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung verwendete Ausdruck „Arbeitsvolumen“ scheint mir weniger prägnant, weil doppeldeutig.

zung? - In der Krise muß mehr gearbeitet werden, damit wir am Weltmarkt wettbewerbsfähig bleiben. Wir sind doch vom Export abhängig!" Daß diese Art von Wirtschafts- und Unternehmenspolitik Existenzsicherung auf Kosten von weiterer und erhöhter Arbeitslosigkeit bedeutet, bleibt nicht nur vielen Unternehmern verborgen - oder gleichgültig.

Den Bann des Wachstumsfetischismus brechen

Diese einleitenden Feststellungen leiten unmittelbar über zu meiner Ausgangsthese: Die bürgerliche wie auch die marxistische Nationalökonomie stehen - mit entgegengesetzten Schlußfolgerungen — im Banne eines Wachstumsfetischismus, der Ökonomie lediglich als expansive florieren sieht und das allgemeine Wohlstandsziel der Vollbeschäftigung nur bei hinreichenden Wachstumsraten für erreichbar hält. Kaum eine der ökonomischen Schulen hat bis heute das Faktum höchstwahrscheinlich weltweit sich vermindender Wachstumsraten verarbeitet, noch vor allem die im Trend durchaus ernst zu nehmenden ökologischen Prognosen über den katastrophalen, die Existenz der zivilisierten Menschheit bedrohenden Charakter weiteren unbegrenzten quantitativen Produktionswachstums. In der marxistischen Diskussion ist erstmals von *Wolfgang Harich* das auch für diesen Theorie- und Politikbereich völlig unbewältigte Problem eines Kommunismus mit beschränktem Wirtschaftswachstum aufgegriffen worden⁵.

Insbesondere die Vollbeschäftigungspolitik der westlichen Industrienationen, ihr wichtigstes Legitimationsproblem, mündete bislang mit der Zwanghaftigkeit eines scheinbar unbestreitbaren Sachgesetzes in der Zielsetzung der Herstellung bzw. Wiederherstellung des notwendigen Wirtschaftswachstums als der einzig denkbaren Arbeitsplatzsicherungs- bzw. -beschaffungspolitik. Die „Investitionsneigung“ der Unternehmer und die damit verbundenen Pressionspolitiken der Privatindustrie gegenüber dem Staat konnten und können deshalb zum obersten Ziel staatlichen Handelns avancieren, völlig unabhängig davon, ob diese oder jene Neuinvestition volkswirtschaftlich sinnvoll, und d. h. auch ökologisch zu verantworten ist.

Würden ausbleibende expansive Investitionen nicht Arbeitslosigkeit zur Folge haben, erschiene diese Verklammerung nicht als fast zwangsläufig (von der Folge weniger expansiver Staatsausgaben bzw. stärkerer Steuerprogression einmal abge-

⁵ Ich möchte hier, was die marxistische Nationalökonomie und Kapitalismuskritik betrifft, auf Elmar Altvater verweisen, der feststellt, Arbeitsmarktpolitik könne sich in erster Linie nur auf die Erhöhung der Kapitalrentabilität zur Verbesserung der Investitionsneigung beziehen etc. Daraus ergibt sich dann bei Altvater eben die Schlußfolgerung der Nicht-Reformierbarkeit des ökonomischen Systems, das nur, solange man unaufhörlich für profitable Kapitalverwertung sorgt, relative Stabilität und Vollbeschäftigung zeitigt. Im Gegensatz dazu würde die bürgerliche Ökonomie argumentieren, daß solche ökonomischen Existenzbedingungen nicht negative, sondern durchaus positive, nämlich vorantreibende Effekte haben; die Förderung der Investitionsneigung der Unternehmer sei eben ein ehernes Fortschrittsgesetz. S. Elmar Altvater, Arbeitsmarkt und Krise, in: Michael Bolle (Hrsg.), Arbeitsmarkttheorie und Arbeitsmarktpolitik, Opladen 1976, S. 48-67.

sehen)⁶, so würden sie schlagartig ihre erpresserische wirtschafts- und gesellschafts-politische Bedeutung verlieren. Eine Arbeitsmarktpolitik der systematischen Verknappung des Gesamtangebots an Arbeitszeit mit Hilfe entsprechender Tarifpolitik würde den Fetischcharakter des Wirtschaftswachstums um jeden Preis zerstören, und damit einen entscheidenden Beitrag zur *konjunkturunabhängigen* Vollbeschäftigungspolitik — und darüber hinaus zur Demokratisierung und ökologischen wie auch betrieblichen Humanisierung der Wirtschaft leisten.

Verwirklichung des Rechts auf Arbeit (Vollbeschäftigung) konnte bisher nicht als oberstes wirtschaftspolitisches Ziel (sondern nur als eins von mehreren) anerkannt werden, weil Arbeitsmarktpolitik weithin nur als abhängig von ökonomischer Wachstumspolitik konzipiert und realisiert worden ist. Wenn diese - wie zur Zeit - nicht in der Lage ist, bestimmte für Vollbeschäftigung erforderliche volkswirtschaftliche Wachstumsraten zu erreichen (ohne das Ziel relativer Geldwertstabilität völlig aus dem Auge zu verlieren), so zeigt sich Arbeitsmarktpolitik reduziert auf ein Bündel von Hilfsmaßnahmen wie Arbeitslosenunterstützung, Verminderung der Ausländerquote, Kostensubventionierung von Arbeitsplatzschaffung, zusätzliche Mobilitätshilfen etc. Wenn darüber hinaus integrierte Konjunktur- und Arbeitsmarktprognosen ergeben, daß selbst bei einer Überwindung der Depression 1974/75, bei wieder ansteigendem Wirtschaftswachstum Massenarbeitslosigkeit nicht überwunden werden wird, vielmehr auf längere Zeit (bis hinein in die 80er Jahre) mit hoher Massenarbeitslosigkeit gerechnet werden muß, so besagt dies nichts anderes, als daß die bisherige, konventionelle Arbeitsmarktpolitik an ihrem Ende ist. Eine Wende aber kann in dieser Situation nur eine gewerkschaftliche Politik systematischer Arbeitszeitverkürzung schaffen.

Gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik: Alternative zum „Investieren um jeden Preis“

Folgende wirtschaftspolitische Zielkorrektur ist notwendig, die in fortgeschrittener Gewerkschaftspolitik wie der der IG Metall schon immer angelegt war: Arbeitsmarktpolitik muß, qualitativ neu konzipiert, zur *unabhängigen* wirtschaftspolitischen Variablen werden: Sie muß, mit Hilfe des Instruments der Tarifverträge, d. h. einer gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik (die durch eine ganz anders programmierte bzw. strukturierte Konzertierte Aktion gestützt sein sollte), das Gesamtarbeitszeitvolumen der in der BRD Beschäftigten (mit Modifikationen im öffentlichen Dienst) so dosieren —zur Zeit also reduzieren —, daß bei jedem erreich-

6 Die Folgen weniger expansiver Steuereinnahmen und daher auch Staatsausgabenpolitik darf selbstverständlich bei einer politischen Reflexion des gesamten Wachstumsbegrenzungsproblems nicht außer acht gelassen werden; selbstverständlich haben sich die Politiker an steigende Budgetraten genauso gewöhnt wie Unternehmer an Profitraten - und nicht zuletzt - auch Betriebsräte und Gewerkschaftspolitiker an eine problemlos expandierende Reallohnentwicklung. Aber man kann davon ausgehen, daß diese Barrieren, die aus der bisherigen Regierungs- und Gewerkschaftspolitik resultieren, immer noch eher überwindbar sind als die der scheinbar unüberwindbaren „ökonomischen Zwangsläufigkeiten“.

baren bzw. erstrebenswerten volkswirtschaftlichen Wachstum, ja sogar bei Nullwachstum oder Rezession Beschäftigung für (nahezu) alle gesichert wird.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, daß - von der öffentlichen wirtschaftspolitischen Diskussion viel zuwenig beachtet - das der Bundesanstalt für Arbeit angeschlossene „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ im Laufe der vergangenen Jahre Beachtliches zur Beratung von Arbeitsmarktpolitik und nicht zuletzt zu einer Politik systematischer Verkürzung von Arbeitszeit geleistet hat⁷.

Die Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall waren die ersten, die bereits vor mehr als einem Jahrzehnt auf die Notwendigkeit von schrittweiser Arbeitszeitverkürzung als Strategie gegen das Wegrationalisieren (insbesondere durch Automation) von Arbeitsplätzen hingewiesen haben. Bereits in den sechziger Jahren⁸ haben Berechnungen der IG Metall gezeigt, daß die erfolgreiche Kampagne für die schrittweise Durchsetzung der 40-Stunden-Woche die Entstehung eines Millionenheeres von Arbeitslosen (bzw. von durch Rationalisierung „Freigesetzten“) verhindert hat. Die massenhafte Einführung von Kurzarbeit in den vergangenen Monaten, die immerhin Hunderttausende (zeitweilig) vor totaler Arbeitslosigkeit bewahrt hat, ist ebenfalls als eine — freilich planlose — Form einer Politik der Arbeitszeitverkürzung anzusehen.

Das Instrument der Verkürzung/Verknappung der Gesamtarbeitszeit ist also nicht neu — es kommt in der gegenwärtigen Wende der (westlichen) Weltwirtschaftsentwicklung zu stark verminderten Wachstumsraten allerdings darauf an, dies bislang nur pragmatisch oder gar nur von Fall zu Fall angewandte Instrument zu einer systematischen stabilitätspolitisch orientierten Arbeitsmarktstrategie ersten Ranges zu erheben.

Arbeitszeitverkürzung bei vermindertem Wirtschaftswachstum

Die klassische tarifpolitische Formel „Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich“ kann in einer ökonomischen Periode ohne hohe Wachstumsraten freilich nurmehr in modifizierter Form realisiert werden: Da der erforderliche Einkommensausgleich für systematische Arbeitszeitverkürzung einen Teil der tarifpolitisch realisierbaren Einkommenssteigerungen aufzehrt, bleibt für reale (absolute) Einkommenssteigerungen u. U. nur noch wenig mehr als der Ausgleich der Inflationsrate. In diesem Sinne wurde bereits im April 1975 in einer Studie der IG Metall („Die Lage der Automobilindustrie in der BRD“) eindeutig die Schlußfolgerung formuliert: „Um die Freisetzung von Arbeitskräften bei gedrosseltem Wachstum, aber

7 Vgl. Klauer/Schnur, Mögliche Auswirkungen der letzten Rezession auf die Arbeitsmarktentwicklung bis 1990, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/76, S. 738 ff. sowie Heft 2/76 der WSI-Mitteilungen (Schwerpunkt: Beschäftigungspolitik). Vgl. auch den Aufsatz von L. Reyher in diesem Heft.

8 Vgl. Günther Friedrichs, Technischer Fortschritt und Beschäftigung in Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und USA, Frankfurt 1963, S. 80 ff.

weitergehendem technischen Fortschritt so gering wie möglich zu halten, muß die Arbeitszeit herabgesetzt werden. Nur auf diese Weise läßt sich die verbleibende Nachfrage nach Arbeitskraft auf mehr Beschäftigte als bisher verteilen, läßt sich der Arbeitsmarkt in einer einigermaßen angespannten Verfassung halten und die drohende Arbeitslosigkeit vermeiden. Zur Ausschöpfung dieser Möglichkeiten müßte bei kommenden Tarifverhandlungen innerhalb der Forderungspakete bei gegebenem Belastungsrahmen (!) ein größeres Gewicht auf die Forderungen nach Verlängerung des Urlaubs gelegt werden."

In die gleiche Richtung zielen die Ausführungen des Leiters der Wirtschaftsabteilung der IG Metall, *Rudolf Kuda*⁹: „Unrealistisch wäre eine Strategie, die auf eine Einschränkung des tarifpolitischen Forderungsvolumens insgesamt hinausläuft. Das wäre der Fall bei einer Finanzierung von Arbeitszeitverkürzung durch Realeinkommenseinbußen, d. h. durch eine Verschlechterung des materiellen Lebensstandards der Arbeitnehmer . . . Ernsthaft zu diskutieren ist dagegen eine Strategie, die im Rahmen eines gegebenen Forderungsvolumens eine Umstrukturierung zu Lasten nomineller Lohn- und Gehaltsforderungen und zugunsten qualitativer Forderungen ins Auge faßt. Erwogen wird deshalb ausschließlich eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich."¹⁰

Im Herbst 1975 hat der 2. Vorsitzende der IG Metall in einem Aufsatz der Gewerkschaftszeitung „Metall“ (lt. Metallpressedienst vom 6. 11. 1975) die Politik systematischer Arbeitszeitverkürzung sich voll zu eigen gemacht: Der unmenschliche Zustand, daß neben den Kurzarbeitern über eine Million Arbeitslose die Krise ausbaden müssen, solle durch die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände und Köpfe beseitigt werden, so schreibt *Hans Mayr*. Wenn die Unternehmer alle möglichen Ausflüchte gegen eine solche Verteilung der Arbeit erfänden, so könne das nur einen Grund haben: Sie möchten die Arbeitslosigkeit als Waffe der Angst, als Druckmittel für höhere Arbeitsleistung und als Peitsche der Disziplinierung in den Betrieben und Büros einsetzen. Kürzere Arbeitszeit als Mittel gegen Arbeitslosigkeit werde von den Gewerkschaften in allen durch die Wirtschaftskrise betroffenen Industriestaaten mit privatwirtschaftlicher Ordnung gefordert. Selbst wenn das die Kosten wirklich erhöhen würde, seien die Voraussetzungen im internationalen Wettbewerb wieder gleich. Mayr weist darauf hin, daß die amerikanischen Gewerkschaften die hohe

9 Rudolf Kuda, Wirtschafts- und tarifpolitische Konzepte gegen die Arbeitslosigkeit, in: Frankfurter Hefte 11/75, S. 17 ff.

10 Wie eine solche Arbeitszeitverkürzung „bei vollem Lohnausgleich“ (ein allerdings nicht ganz exakter Ausdruck!), aber „zu Lasten nomineller Lohnforderungen“ sich darstellen kann, möge das folgende vereinfachte Rechenbeispiel zeigen: Arbeitszeitverkürzung (um 1 Wochenarbeitsstunde) mit vollem Lohnausgleich Monatlich 160 Std. ä DM 10,- = DM 1600,- plus 5,3% (85,-) = 1685,- Monatlich 156 Std. ä DM 10,- = DM 1560,- plus 8% (125,-) = 1685,-

Bei diesem m. E. durchaus realitätsnahen Beispiel ist also der reale Lohnausgleich erzielt, eine nominell 8prozentige Lohnerhöhung jedoch wirkt sich aufgrund des Wegfalls von 4 Arbeitsstunden pro Monat realiter nur als Lohnerhöhung von 5,3 % aus - d. h. bei einem nominell 8prozentigen Tarifergebnis wäre bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung immer noch der Ausgleich der Inflationsrate, also die Wahrung des Realeinkommensstandards, gewährleistet.

Arbeitslosigkeit in ihrem Land - über 8 Millionen - mit der 35-Stunden-Woche in möglichst kurzer Frist bekämpfen wollen. Die IG Metall strebe in der Bundesrepublik eine Verlängerung des Jahresurlaubs an. In allen anderen von der Krise betroffenen Industriestaaten gebe es ähnliche Absichten.

Zusätzliche Erfolgsbedingungen

Der entscheidende Einwand gegen die Strategie systematischer Arbeitszeitverkürzung ist natürlich, daß eine Wochenarbeitsstunde weniger oder eine Woche Jahresurlaub mehr nicht sogleich die errechnete¹¹ Einstellung von 500 000 oder 650 000 Arbeitslosen bedeutet. Niemand wird so naiv sein, eine derartige plötzliche und Ad-hoc-Wirkung von der - ohnehin nur schrittweise solche Arbeitszeitverkürzung realisierenden - Tarifpolitik zu erwarten. Vielmehr sind eine Reihe von Bedingungen zu nennen, die mitgedacht und mitrealisiert werden müssen, soll dieses wirtschaftsdemokratische Teilkonzept Erfolg haben:

1. ist davon auszugehen, daß Arbeitszeitverkürzungen - die Gewerkschaften favorisieren dabei offenbar die Form des verlängerten Jahresurlaubs - relativ unmittelbare zusätzliche Arbeitskräfte-Nachfrage nur in großen Werken erzeugen, die auch bei nur wenig ansteigender Nachfrage den Wegfall von ein bis drei Prozent des Arbeitskraftvolumens nicht durch Rationalisierungsmaßnahmen kompensieren können (von Überstunden ist gesondert zu reden).

2. Langfristige (fälschlich „strukturell“ genannte) Arbeitslosigkeit auch bei wieder zu erwartenden wirtschaftlichen Wachstumsraten von drei bis fünf Prozent droht wesentlich dadurch bestehenzubleiben, daß erhöhte Nachfrage durch immer weiter fortschreitende Rationalisierung/Automation, also erhöhte Produktivität der Arbeit, verkraftet wird und daß zusätzlich durch Rationalisierung immer weiter Arbeitskräfte „freigesetzt“ werden, die nicht (wie in der bisherigen stürmisch expandierenden wirtschaftlichen Entwicklung) in erweiterten Produktions- oder Distributionsanlagen Beschäftigung finden können. Eine Verknappung des Arbeitskräfte-Angebots würde in diesem Prozeß den Bestand von Massenarbeitslosigkeit allein schon dadurch vermindern, daß dem Rationalisierungsprozeß ein Prozeß von Arbeitszeitverminderung korrespondiert, der die immer weitere Freisetzung von arbeitenden Menschen verhindert und damit die „Absorption“ der Arbeitslosen insgesamt erleichtert (statt daß, wie heute, durch Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen im konjunkturellen Aufschwung die „industrielle Reservearmee“ immer neu aufgefüllt wird, auch wenn es in Teilbereichen zu erheblichen Neueinstellungen kommt).

3. Durch eine verstärkt solidarische Politik der Betriebsräte/Vertrauenskörper, durch zusätzlich tarifpolitisch zu erkämpfende Festlegungen, wenn nötig aber durch

¹¹ Vgl. Arbeitsmarktentwicklung bis 1980, Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Nürnberg), 1974/1.

Gesetz, ist die Genehmigung von Überstunden in unserer Wirtschaft radikal auf absolute Ausnahmefälle zu reduzieren¹². Gleichzeitig sind wesentlich systematischer als bisher Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung von zur Zeit Arbeitslosen, die Einführung von Gleitzeitregelungen und andere Maßnahmen, die zur Flexibilität des Arbeitskräfte-Einsatzes unter Einbeziehung gegenwärtig Arbeitsloser führen, durchzusetzen.

4. Durch weitere tarifpolitische Maßnahmen (qualitative Tarifverträge zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen!) ist Vorsorge gegen zu erwartende Versuche des Managements zu treffen, durch Intensivierung der Arbeit (Erzwingung höherer Arbeitsleistungen) Arbeitszeitverkürzungen ohne Neueinstellungen zu kompensieren.

5. Eine Vollbeschäftigungspolitik, die nicht länger primär auf (wieder) erreichbarer ökonomischer Expansion, sondern (mindestens gleichrangig) auf systematischer Verknappung des Gesamt-Arbeitszeitangebots beruht, verschärft *Verteilungskonflikte*, die unter anderem durch eine neue, nicht-prozentuale Tarifpolitik gelöst werden müssen. Bei verminderten oder ausbleibenden Realeinkommenssteigerungen können die strukturellen Einkommensungerechtigkeiten in unserem profitwirtschaftlichen System nicht länger durch Hoffnungen auf unaufhaltsame Steigerung des „Wohlstands für alle“ überkompensiert werden. Daher muß die bereits in Ansätzen erkennbare, notwendige Neuorientierung der gewerkschaftlichen Einkommens-Tarifpolitik konsequent durchgesetzt werden: Anstelle der Politik nur linearer (prozentualer) Einkommenssteigerung, die in den vergangenen Jahren eine durch nichts legitimierbare Kluft zwischen dem Einkommen des unteren und oberen Drittels der Einkommensbezieher hat entstehen lassen, muß eine die Bezieher geringer Einkommen „privilegierende“ Tarifpolitik (z. B. durch gleiche Sockelbeträge für alle) treten, die im Ergebnis Reallohnsteigerungen primär für die unteren Einkommensgruppen zeitigt. Die Forderungen der ÖTV sowie der Post- und Eisenbahnergewerkschaft für 1976 haben sich erfreulicherweise diese notwendige neue Tarifpolitik der gleichen Geldbeträge zu eigen gemacht.

Arbeitszeitverkürzung: gesellschaftspolitisch optimale Lösung

Es scheint mir evident, daß eine unter den genannten - insbesondere einkommenspolitischen - Bedingungen verwirklichte Politik der systematischen Arbeitszeitverkürzung eine optimale stabilitätspolitische Alternative darstellt zur Hin- nahme langfristiger konjunktureller und struktureller Massenarbeitslosigkeit

¹² Hier liegt natürlich ein innergewerkschaftliches Konfliktfeld: Betriebsräte haben oft in einer sehr fragwürdigen Kompromißbereitschaft Betriebsleitungen (genehmigungspflichtige) Überstunden zugestanden, haben im Tausch dagegen häufig gewisse Vorteile ausgehandelt und natürlich erhebliche übertarifliche Einkommenssteigerungen für viele Belegschaften erreicht - ein Faktor, der oft sogar die Voraussetzung für eine Politik darstellt, die in depressiven Phasen der Wirtschaft Vollbeschäftigung plus Überstunden für eine Mehrheit bei Dauerarbeitslosigkeit für eine Minderheit schafft.

und/oder zur Unterwerfung der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik unter das Diktat unternehmerischer „Investitionsneigung“, d. h. der von den Kapitaleignern als hinreichend profitabel erachteten Kapitalverwertung (wobei eine solche autonome Arbeitsmarktpolitik im Bündnis mit den Gewerkschaften naturgemäß nur *eins* der erforderlichen Instrumente ist, um dieses Diktat aufzuheben).

Gleichzeitig leistet eine solche Arbeitsmarktstrategie einen kaum zu überschätzenden Beitrag zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen: zum Abbau von Existenzangst angesichts drohender Arbeitslosigkeit (Abbau der „industriellen Reservearmee“) und zur Verminderung eines — ökologisch widersinnig und volkswirtschaftlich überflüssig gewordenen - Arbeitsstresses. Dies gilt freilich nur dann, wenn Arbeitszeitverkürzung in echte Erholungszeiten umgesetzt wird (dahin zielt der gewerkschaftspolitische Trend zum *sechswöchigen* Urlaub) und wenn Tarifverträge wie die der IG Metall in Nordwürttemberg-Nordbaden zur Humanisierung der *Arbeitsablaufbedingungen* die Politik der Arbeitszeitverkürzung flankieren.

Vor allem aber ist eine Politik der systematischen Arbeitszeitverkürzung eine unerläßliche, m. E. die entscheidende Bedingung für die Abwendung der schleichenden ökologischen Katastrophe, deren Tatbestand von „bürgerlichen“ wie marxistischen Ökonomen so lange hinweggeredet werden muß, wie Wachstum um jeden Preis als oberstes ökonomisches Axiom - ja, was den Kapitalismus betrifft, als unersetzliche ökonomische Stabilitätsbedingungen — angenommen wird, von den wachstumsbesessenen Staatsausgaben-Planern ganz zu schweigen.

Eine Arbeitsmarktstrategie systematischer Regulierung - z. Z. primär Verknappung - des gesamten Arbeitszeitangebots ist nicht geeignet, kurzfristigen Wirtschaftsschwankungen zu begegnen, sondern kann nur mittel- und langfristig abschätzbarem Arbeitskräftebedarf stabilitätsgerechte Arbeitskräfteangebote gegenüberstellen, wobei ausreichende Flexibilitätsreserven bei spezifischen und kurzfristigen Booms durch Überstunden usw. erhalten bleiben.

Damit ist aber zugleich ausgesprochen, daß volkswirtschaftliche Arbeitszeitplanung zwar hier und jetzt - d. h. auch unter gegebenen privatwirtschaftlichen Verhältnissen mit ihren periodischen Konjunkturschwankungen — durchaus im Interesse der abhängig arbeitenden Massen in Gang gesetzt werden kann, aber letztlich in einer volkswirtschaftlich sinnvollen Weise nur im Zusammenhang eines funktionierenden Systems ökologischer, gesellschaftlicher und volks- bzw. (mindestens) europawirtschaftlicher Rahmenplanung konzipiert und realisiert werden kann. Die im DGB-Grundsatzprogramm genannten, aber durch ökonomische Theorie noch wesentlich zu konkretisierenden wirtschaftsdemokratischen Instrumente der Investitionslenkung, der verschiedenen Formen der Kontrolle wirtschaftlicher Macht und der Mitbestimmung der Betroffenen auf allen Ebenen des wirtschaftlichen Prozesses sind unabdingbare Elemente einer wirksamen Stabilisierung und Demokratisierung der ökonomischen Entscheidungsprozesse.